Nachrichten für Naunhof

und Umgegend

(Albrechtshain, Ammelshain, Beucha, Borsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinsteinberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Staudnitz, Threna usw.)

Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naunhof; es enthält Bekanntgaben des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittag 4 Uhr. Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.50 Mk., Post ohne Bestellgeld monatl. 1.50 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernruf: Amt Naunhof Nr. 2

Anzeigenpreis: Die 6gespaltene Petitzeile 20 Pfg., amtliche 50 Pfg., Reklameteil (3gesp.) 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei undeutlich geschriebenen, sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Druck und Verlag: Günz & Eule, Naunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 30 — Donnerstag, den 8. März 1928 — 39. Jahrgang

Amtliches.

In der gestrigen 4. diesjährigen Sitzung der Stadtverordneten ist folgendes beraten und beschlossen worden:

1. Befürwortet wurden 2 Baugesuche.
2. Von der Erhöhung des Jahresbeitrages für das Deutsche Hygiene-Museum in Dresden soll abgesehen werden.
3. Dem Volksbund der Deutschen aus dem ehemaligen Oesterreich-Ungarn E. V. Sitz Dresden (Sudetendeutsche Auslandsgemeinschaft) wurde gegen 4 Stimmen ein einmaliger Beitrag von 20 RM. bewilligt. — Das Gesuch der Wirtschaftsfeldfthilfe Leipziger Studenten E. V. um Gewährung einer Beihilfe lehnte man ab.
4. Die Hainstraße soll unter gewissen Voraussetzungen in das Eigentum der Stadtgemeinde Naunhof übernommen werden.
5. Zu einem Gesuche der Kirchgemeindevertretung zu Naunhof wegen Regelung der Auseinandersetzung betr. des Kantorallehns nahm man Stellung.
6. Vom Untersuchungsergebnis des Leitungswassers nahm man Kenntnis. Das Wasser war einwandfrei.
7. Das Rechnungswerk der Sparkasse und Girokasse auf das Jahr 1926 wurde richtig gesprochen.
8. Von einem Gutachten wegen Ergänzung der Wasserleitung zur Schaffung besserer Druckverhältnisse, nahm man Kenntnis. Mit dem Rat der Stadt Leipzig ist zu verhandeln.
9. Der 1. Nachtrag zum Wasserlieferungsvertrag mit der Stadt Leipzig wurde gutgeheißen.
10. Dem Vorschlage des Verfassungsausschusses über Verwendung der Mietzinssteuer auf das Rechnungsjahr 1928 trat man bei.
11. Die Einrichtung von Kleingärten auf einem Teile der vormals Zeibigschen Felder an der Brandiser Straße soll zum Herbst dieses Jahres erfolgen.
12. Die Herstellung der Straße über das Siedlungsgelände an der Wurzener Straße soll nach den Vorschlägen des Bauausschusses erfolgen.
13. Die Erd- und Maurerarbeiten bei Errichtung eines Reihenhauses wurden Herrn Baugeschäftsinhaber Döring, die Zimmererarbeiten Herrn Zimmereigeschäftsinhaber Friedrich Wegel als den billigsten Bewerbern übertragen.
14. Die Beschlüsse des Verfassungsausschusses vom 2. d. M. wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um die Festsetzung der Entschädigung für das Aufstellen der Benzintankstellen auf dem Markte, die Bewilligung einer Gehaltsnachzahlung an den früheren Hilfsarbeiter Kaufmann und die Entschließung zu einigen Steuersachen.
15. Die Beschlüsse des Bauausschusses vom 28. Februar 1928 wurden genehmigt. Hierbei handelte es sich u. a. um die Kenntnisnahme von einer Zuschrift des Allgemeinen Sächsischen Siedlerverbandes, die Anmeldung der Arbeiten, die zur Räumung der Parthe erforderlich sind und die bedingungsweise Genehmigung eines Gesuches wegen Grundstückseinfriedigung.
16. Einem tschechoslowakischen Staatsangehörigen soll der Aufenthalt in Naunhof bedingungsweise gestattet werden.
17. Mit der vom Sparkassenausschuß vorgeschlagenen Erhöhung des Zinsfußes für Sparkassenhypotheken erklärte man sich einverstanden.
18. Zu dem Gesuche eines Mieters des städtischen Hauses Leipziger Straße 44 um Genehmigung zum Wohnungstausch sollen weitere Ermittlungen angestellt werden.

Hierauf nichtöffentliche Sitzung.

Naunhof, am 7. März 1928. — Der Stadtrat.

Die Geschäftsräume des Stadtrates, des Standesamts und der Sparkasse bleiben wegen Reinigung Montag, den 12. und Dienstag, den 13. März 1928 geschlossen.

Dringliche Sachen und Standesamtsfälle werden an beiden Tagen zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Rathause erledigt.

Naunhof, am 7. März 1928. — Der Stadtrat.

In hiesiger Stadt ist ein etwa 1½ Jahre alter, grauer Wolfshund, männlich, bräunliche Färbung auf dem Kopf und Rücken, mit braunem Halsband ohne Steuermarke zugelaufen. Der rechtmäßige Eigentümer des Hundes wird aufgefordert, seine Ansprüche bis längstens den 12. d. M. vormittags 9 Uhr hier geltend zu machen. Nach dieser Frist wird über den Hund von hier aus verfügt werden.

Naunhof, am 7. März 1928. — Der Stadtrat.

Nadel- und Laubnutzholzversteigerung.

Naunhofer Staatsforstrevier.

(Hauptrevier, Planitzwald und Störmthaler Revierteil.)

Im Ratskeller zu Naunhof, Freitag, den 16. März, vorm 1/2 10 Uhr: 1472 fl. Stämme 11/32 cm = 476 fm, 835 kl. dergl. 13/34 cm = 391 fm, 916 fl. Klöße 10/30 cm = 60 fm, 807 kl. dergl. 10/48 cm = 127 fm, 122 fl. Baumpfähle 5/6 cm, 83 fl. Derbstangen 11/14 cm. Kahlschläge: Abt. 24 und 29 des Hauptreviers, 68 des Planitzwaldes und 103 (bisher 3) des Störmthaler Revierteiles. Auf letzterem Schlage liegen auch die Derbstangen.

vorm. 11 Uhr:

495 eich. Klöße 15/80 cm = 85 fm. Abt. 33 und 34 und 29 des Hauptreviere und Abt. 68 des Planitzwaldes.

Auskunft über die Hölzer erteilt für das Hauptrevier das Forstamt Naunhof — Fernruf 42 Amt Naunhof, — für den Planitzwald Revierförster Täger im Forsthaus Vorderplanitz b. Wurzen, für den Störmthaler Revierteil Forstwart Berthold in Oberholz bei Leipzig. Vorherige Besichtigung der Hölzer wird empfohlen. Auszüge kostenlos durch das Forstamt Naunhof (Bez. Lpzg.)

Forstamt Naunhof. — Forstkasse Grimma.

Holzversteigerung.

Universitätsforstamt Oberholz zu Naunhof.

Am Freitag, den 16. März 1928, sollen im Anschluß an die Nutzholzversteigerung des Staatsforstreviere Naunhof gegen 10 Uhr vorm. im Ratskeller Naunhof versteigert werden:

127	Stck.	Fi.	Derbstangen	I. Kl.	(über 12 bis mit 14 cm)		
101	„	„	„	II. „	(„ 10 „	„ 12	„)
311	„	„	„	III. „	(„ 7 „	„ 10	„)
70	„	„	Reisstangen	V. „	(„ 5 „	„ 6	„)
100	„	„	„	VI. „	(„ 4 „	„ 5	„)

Ausbereitet in den Abteilungen 3, 5, 6, 8, 11 u. 12.

Außerdem noch 40 Stck. Et.Ul.Ah.-Klöße 14/28 cm stark, mit rd. 5,00 fm.

Ausbereitet in der Abt. 6.

Auskunft über die Hölzer erteilt Forstwart Berthold in Oberholz (Tels. No. 109 Liebertwolkwitz.)

Universitätsforstamt Oberholz zu Naunhof.

Freitag, den 9. ds. Mon., vorm. 11 Uhr sollen in Naunhof im „Gambrinus" 1 Ladeneinrichtung, bestehend aus einer Ladentafel mit 2 Schaukästen, 2 Verkaufsschränken, 2 Warenregalen, sowie 1 Papierschneidemaschine meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Grimma, am 8. März 1928. — Qu. I, 3845, 725/27.

Der Gerichtsvollzieher des Amtsgerichts.

Freitag, den 9. März 1928, nachm. 2 Uhr sollen im Restaurant „Gambrinus" in Naunhof 1 Tiegeldruckpresse, 1 Waschkommode und 1 Schreibtisch meistbietend gegen Barzahlung öffentlich versteigert werden.

Grimma, den 8. März 1928. — A. V. 249, 264/28 2282/27.

Finanzamt.

Völkerbundrat und Waffenschmuggel

Die Munition von Szent Gotthard.

Beschwerde der Kleinen Entente.

Große Spannung herrschte unter den Delegierten zum in Genf versammelten Völkerbundrat, als Mittwoch mit der von Briand in der vorangegangenen vertraulichen Sitzung beantragten öffentlichen Aussprache über die Klage der Kleinen Entente gegen Ungarn begonnen wurde. Nachdem Fotitsch als Vertreter Jugoslawiens, Beverka als Vertreter der Tschechoslowakei und General Tanczos als Vertreter Ungarns am Ratstisch Platz genommen hatten, verlas der Vertreter Rumäniens, Titulescu, unter vollkommener Stille des Saales eine kurze Erklärung im Namen der Mächte der Kleinen Entente des Inhalts, daß diese Mächte die Frage des Maschinengewehrschmuggels als eine Frage des allgemeinen Interesses, aber nicht als eine Frage betrachten, die die Kleine Entente im besonderen angehe. Wenn die Mächte der Kleinen Entente in dieser Angelegenheit etwas unternommen hätten, so sei das nur in ihrer Eigenschaft als Völkerbundmitglieder geschehen und nicht in der Absicht, irgend jemanden anzuklagen, vielmehr lediglich im allgemeinen Interesse der Einhaltung der Verträge, aber auch zur Wahrung der Pflichten, die dem Völkerbundrat obliegen. Nur aus diesem Grunde hätten die Regierungen der Kleinen Entente ihre Noten an das Generalsekretariat eingereicht.

Die Vertreter der Tschechoslowakei und Jugoslawiens gaben ebenfalls kurze Erklärungen ab, in denen sie übereinstimmend zum Ausdruck brachten, daß es für sie schwer sei, ihren Denkschriften etwas hinzuzufügen. Sie hätten sich auf Grund der getroffenen Vereinbarungen an den Rat gewandt.

Der ungarische Vertreter,

General Tanczos, wies den Rat in seiner kurzen Erklärung zunächst auf die umfangreiche Denkschrift hin, die er dem Generalsekretariat zu Händen des Rats überreicht habe und die eine vollständige Darstellung der ganzen Angelegenheit enthalte. Er sei überzeugt, daß die Klugheit des Rats diesen Zwischenfall zu einer gerechten Lösung bringen werde. Die Beziehungen Ungarns zu seinen Nachbarstaaten, so führte er dann weiter aus, seien nicht hervorragende, und der Schritt, der von gewissen Nachbarregierungen in Budapest unternommen worden sei, habe diese Beziehungen nicht verbessert, und die Durchführung von Maßregeln gegen sein Land würde diese Beziehungen noch gespannter gestalten. Er dürfe nicht außer acht lassen, daß angesichts der in Ungarn wegen dieses Zwischenfalles herrschenden Stimmung es wenig angebracht sei, die öffentliche Meinung Ungarns auf eine solche Probe zu stellen. Jedes Volk, besonders wenn es sich in einer Lage befindet wie gegenwärtig Ungarn, ist natürlich außerordentlich empfindlich gegen jede Antastung seiner Souveränität und gegen fremde Einmischung. Der General kritisierte dann das Vorgehen des Ratspräsidenten.

Der rumänische Außenminister Titulescu,

der bereits bei der Stelle, an der General Tanczos von den Beziehungen zwischen Ungarn und der Kleinen Entente sprach, mit lebhafter Geste das Wort verlangt hatte, erwiderte dem ungarischen Vertreter, der mit einer fertigen Erklärung nach Genf gekommen sei:

Nach der von ihm im Namen der Kleinen Entente verlesenen Erklärung hätte der ungarische Vertreter besser getan, wenn er die Stelle gestrichen hätte, in der davon gesprochen wird, daß die Beziehungen Ungarns zu seinen Nachbarn nicht hervorragend seien. Sobald die jetzige Frage auf ein erweitertes allgemeines Terrain gestellt sei, werde man weiter sehen.

Die so eingeleitete Diskussion war vorher in einer Geheimsitzung auf Vorschlag der fünf großen Mächte beschlossen worden. Nach der Rede des rumänischen Vertreters nahm der englische Außenminister das Wort.

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses.

Chamberlain führte aus, der Rat könne das gesamte Aktenmaterial nicht studieren. Er schlug vor, ein Ratskomitee aus drei Mitgliedern zu ernennen, das den Auftrag haben soll, über die tatsächliche Seite der Angelegenheit und die daraus zu ziehenden juristischen Folgerungen Bericht zu erstatten. Auf Vorschlag des Ratspräsidenten wurden der holländische Außenminister Beelaerts van Blookland, der chilenische Gesandte in Rom, Villegas, und der finnische Außenminister Procope zu Mitgliedern dieses Komitees ernannt.

Damit schloß die bisher bedeutsamste Sitzung des Rates. Es wird abzuwarten sein, wie die Anlegenheit nach der Einsetzung des Untersuchungsausschusses sich abwickeln wird. Der Rat wird von neuem auf Grund des Berichtes des Komitees in eine sachliche Erörterung eintreten und dann dazu Stellung nehmen. Man nimmt an, daß der Bericht des Ratskomitees am Freitag oder Sonnabend dem Völkerbund vorliegen wird.

*

Die Türkei soll in den Völkerbundrat.

Der russische stellvertretende Volkskommissar für auswärtige Angelegenheiten, Litwinow, hat an den Generalsekretär des Völkerbundes ein Telegramm gerichtet, in dem er unter Hinweis auf die Bedeutung der Türkischen Republik in der Weltpolitik und ihre geographische Lage erklärt, daß die Arbeiten des Vorbereitenden Abrüstungsausschusses durch Teilnahme der türkischen Regierung viel gewinnen würden. Er beantragt deshalb, die türkische Regierung bereits zur nächsten am 15. März beginnenden Tagung einzuladen, und bitte um Benachrichtigung, welche Folge seiner Anregung gegeben worden sei.

Der Reichskanzler zur Phöbusaffäre.

Um den Bericht des Sparkommissars Sämisch.

Der noch an den Folgen seiner Erkrankung leidende Reichskanzler Dr. Marx empfing Mittwoch mittag die Vertreter der bisherigen Regierungsparteien, also der Deutschnationalen, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Bayerischen Volkspartei, zur Besprechung über die Phöbusaffäre. Das Ergebnis dieser Aussprache ist die Erklärung des Reichskanzlers, daß dem Hauptausschuß des Reichstags in den nächsten Tagen ein Bericht über die Phöbusangelegenheit vorgelegt werden soll, aber nicht, wie gemeldet wird, der ursprüngliche Bericht des Ministers Sämisch, sondern ein Bericht, der erst fertiggestellt werden soll.

Der Reichskanzler verhandelte später mit den Fraktionsführern der Demokraten und der Sozialdemokraten sowie der Wirtschaftspartei. Wie es heißt, hat der Sparkommissar Sämisch das Ergebnis seiner Untersuchung nicht in vollem Umfange schriftlich fixiert, sondern zum Teil in mündlichem Vortrage dem Reichskanzler bekanntgegeben. Dieses Fehlende soll nachgetragen werden.

Der neugewählte Polnische Landtag.

Zusammentritt am 20. März.

Der neugewählte Polnische Landtag wird, den Bestimmungen der polnischen Verfassung gemäß, am Dienstag, dem 20. März, zu seiner ersten Sitzung zusammentreten. Bei den am kommenden Sonntag stattfindenden Senatswahlen hoffen die Rechtsparteien besser abzuschneiden, da zum Sejm alle Männer und Frauen über 21 Jahre, zum Senat dagegen nur die mehr als Dreißigjährigen aktives Wahlrecht haben.

Im Landtag werden nach dem Wahlausfall der siegreiche Pilsudski-Block, die Linksparteien und die Minderheitsvertreter eine solche Mehrheit haben, daß sie unter Umständen Verfassungsänderungen ohne Mitwirkung der Rechten durchdrücken können. Die Rechtsblätter äußern schon jetzt derartige Befürchtungen. So spricht man von der etwa einzuführenden Wahl des Staatspräsidenten durch Volksmehrheit ähnlich wie in den Vereinigten Staaten. Es werden heute schon dringliche Stimmen laut, die Untersuchung über die vorgekommenen Wahlunregelmäßigkeiten verlangen.

Unter den Minderheitsnationalitäten sind die Ukrainer mit rund 45 Abgeordneten (bisher 21) am stärksten vertreten. An zweite Stelle rücken die Deutschen, die einschließlich von zwei auf polnischen Listen gewählten Sozialisten 22 (bisher 17) Mandate erhalten. Sie wären ohne die amtliche Wahlbeeinflussung in Oberschlesien und ohne die Listengemeinschaft mit den anderen Minderheitsvölkern noch stärker geworden. Nur 15 von ihren bisherigen 35 Mandaten bringen die Nationaljuden zurück. Die am schwächsten vertretene Minderheitsnationalität stellen die Weißrussen mit einem halben Dutzend von Mandaten dar, während die Litauer im Wilnagebiet und den angrenzenden Wahlkreisen infolge ihrer geringen Zahl vollständige Wahlenthaltung übten.

Mord und Selbstmord aus Eifersucht.

Königsberg. Wie die Hartungsche Zeitung aus Schönborn im Kreise Preußisch-Holland meldet, hat der Knecht Ewald dem Dienstmädchen Kuhn, das mit ihm auf der gleichen Stelle beschäftigt war, aus Eifersucht die Kehle durchgeschnitten und dann sich selbst erhängt.

SLUB
Wir führen Wissen.